

Abgeordnete sehen Bildung als zentrales Thema

*Gesprächsrunde bei
Bürgerinitiative Pro Region*

REGION Zu einer Gesprächsrunde trafen sich Vorstands- und Beiratsmitglieder der Bürgerinitiative Pro Region Heilbronn-Franken mit Europa-, Bundes- und Landtagsabgeordneten bei der AIM in Heilbronn. Thema war „Bildungspolitik im föderalen Spannungsfeld mit ihren Auswirkungen auf die Region Heilbronn-Franken“.

Die Vorsitzende von Pro Region, Friedlinde Gurr-Hirsch, sieht in der Bildung eine der wesentlichen Grundlagen für das Leben und die individuelle Entwicklung jedes Menschen. „Bildung entscheidet nicht nur über die persönliche Entwicklung und den sozialen Status, sondern auch über den Wohlstand einer Region oder eines Landes.“

Ernüchternd Die jüngsten Entwicklungen müssen nachdenklich stimmen, schreibt die Bürgerinitiative in einer Pressemitteilung. Die Ergebnisse der Pisa-Studie 2022 seien mehr als ernüchternd. In der Region sei der Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss auf über sieben Prozent gestiegen. Fluchtbedingte Migration und Zuwanderung betreffe insbesondere den vorschulischen und schulischen Bereich und stellten Erzieherinnen und Erzieher sowie Lehrkräfte vor neue Herausforderungen. Auch der demografische Wandel mache vor unserer Region nicht halt. Laut IHK-Fachkräftemonitor wird in der Region Heilbronn-Franken bis 2035 eine Lücke von 81 000 Personen im erwerbsfähigen Alter zwischen Arbeitskräfteangebot und -nachfrage entstehen.

„An der Bildung darf daher nicht gespart werden“, machte AIM-Geschäftsführer Marco Haaf in seinem Impulsvortrag deutlich. Es liege in der Koordinierungsverantwortung des Bundes, dafür zu sorgen, dass ausreichende Mittel für die Finanzierung und den künftigen Bedarf des Bildungswesens zur Verfügung stehen.

Stadt-Land-Gefälle Der Bedarf an Lehrkräften und Erzieherinnen und Erziehern dürfe nicht zu einem neuen Stadt-Land-Gefälle im Bildungsbereich führen. Für die Region Heilbronn-Franken sei es deshalb wichtig, dass die Lehrerversorgung im ländlichen Raum sichergestellt ist. Berufstätige Eltern bräuchten eine ausreichende Versorgung mit Krippen- und Kindergartenplätzen mit bezahlbaren Gebühren. Die hohe Zahl der Hauptschulabgänger ohne Abschluss in der Region müsse durch koordinierte Maßnahmen der regionalen Akteure deutlich gesenkt werden. Der Wohlstand der Region basiere stark auf dem produzierenden Gewerbe. Besondere Fördermaßnahmen seien notwendig, um die Kompetenzen zu vermitteln, die in den Mint-Berufen benötigt werden.

Die jüngsten Wahlergebnisse machten deutlich, dass immer mehr Menschen – und zunehmend auch junge Menschen – ihre Unzufriedenheit durch die Wahl von Parteien zum Ausdruck bringen, die die demokratische Grundordnung in Frage stellen.

Grundkonsens Bei aller notwendigen Debatte über die konkrete Ausgestaltung der Bildungspolitik sei es aufgrund der föderalen und komplexen Struktur unseres Bildungssystems notwendig, über Parteigrenzen hinweg einen bildungspolitischen Grundkonsens zu finden, der die notwendige Koordination und Kooperation sicherstellt, so die Bürgerinitiative.

Gerade deshalb freue sich Friedlinde Gurr-Hirsch von Pro Region darüber, dass die demokratischen Abgeordneten der Region Heilbronn-Franken einen gemeinsamen Beschluss entwickelt hätten und sich parteiübergreifend dafür einsetzten, dass kein Kind in der Region Heilbronn-Franken auf dem Bildungsweg verloren geht. *red*